



Neubeginn am Probsthof Jugendheim mit neuer Zielgruppe

So sah es vor einem Jahr beim Jugendheim der evangelischen Trinitatis-Gemeinde "Am Probsthof" oft aus: Die Nachbarn beklagten sich über Lärm und Belästigungen. Und gelegentlich wurde sogar die Polizei gerufen. Sowohl bei den Nachbarn als auch bei den Jugendlichen wuchs das Unverständnis über das Verhalten der jeweils anderen Seite immer mehr an.

Seit einigen Monaten hat sich da einiges geändert. Am Ende langer Diskussionen zwischen dem Presbiterium und den Mitarbeitern stand eine neue Konzeption der Jugendarbeit im "Probsthof".

Lag früher das Schwergewicht auf der Arbeit mit jugendlichen Randgruppen, so versucht das neue Leiterteam heute stärker, das Jugendzentrum für Kinder und Jugendliche aus der bürgerlichen Mittelschicht attraktiv zu machen.

Außerdem soll die Jugendarbeit wieder stärker in das kirchliche Gemeindeleben einbezogen werden.

Bei der Verwirklichung dieser Zielsetzung sieht das Team um den hauptamtlichen Leiter des Jugendheimes, Axel Hartmann, durchaus die damit verbundene Problematik.

Nicht alle Kinder und Jugendliche werden sich in diese Gemeinschaft einbeziehen lassen. Vor allem nicht solche, die wegen schwieriger Familienverhältnisse eigentlich einer eingehenden persönlichen Betreuung bedürfen.

Zwar wollen die Mitarbeiter in Einzelfällen diese Kinder mit ihrem Problemen nicht "im Regen stehen lassen", doch sie sehen sich schon aus personellen Gründen ausserstande, Sozialarbeit im eigentlichen Sinne zu betreiben.

Für die 30 Stunden, in denen das Jugendzentrum während der Woche geöffnet ist, stehen außer dem einen hauptamtlichen Mitarbeiter vier Honorarkräfte und zeitweilig ehrenamtliche Helfer zur Verfügung. Bisher bemühte sich die Kirchengemeinde vergeblich, eine

zweite hauptamtliche Kraft zu gewinnen. Auch weitere ehrenamtliche Helfer werden benötigt, auch aus Elternkreisen.

Seit der vollständigen Renovierung des Jugendheimes bieten die Mitarbeiter werktags von 14-15 Uhr eine Schulaufgabenbetreuung an. Von 15-17.30 Uhr können Kinder von 6-13 Jahren in verschiedenen Gruppen ihren Spieltrieb austoben.

Abends steht das Jugendheim bis 20 Uhr den Jugendlichen offen. Es wird gekickert, Tischtennis oder Billard gespielt. Interessenten nehmen das Angebot wahr, ihre Kochkünste oder Handwerklichen Fähigkeiten zu erweitern.

Andere diskutieren z.B. über Probleme der Dritten Welt. Trotz dieses vielfältigen Angebotes - so Axel Hartmann - bestehen oft Schwierigkeiten, alle Jugendlichen zur Mitarbeit zu ermuntern.

Vielleicht gelingt dies allmählich durch gemeinsame Ferienfreizeiten, die im Jahr mehrfach angeboten wer-

den. So ist eine Gruppe von ca. 20 Jugendlichen gerade nach 14-tägigem Aufenthalt aus St. Magdalene/Italien zurückgekehrt. Für den Sommer sind weitere Freizeiten vorgesehen, darunter auch an die See.

Lag früher der Schwerpunkt der Arbeit bei jugendlichen Randgruppen, so liegt er heute, wie gehört, bei Kindern aus der Mittelschicht. Beide relativ einseitigen Ausrichtungen werden letztlich der Situation der Kinder im ganzen Hügeldorf nicht gerecht.

Es bleibt zu hoffen, daß die Gemeinde möglichst rasch weiteres qualifiziertes Personal einstellen kann, um auch die jetzt vernachlässigten Gruppen in die Arbeit einbeziehen zu können. Nur so kann langfristig das wichtige Ziel erreicht werden die Trennung der verschiedenen sozialen Gruppen auf dem Hügel zu überwinden zum Wohle aller dort Wohnenden.

Volker Hauff

Am Dienstag, den 6. Mai, um 20 Uhr spricht in der Cafeteria der Mensa an der Endenicher Allee Volker Hauff, Bundesminister für Forschung und Technologie zum Thema Jugend und Reformpolitik.

anti rechts

Am 8. Mai veranstaltet die SPD im Studio der Beethovenhalle ein Forum anti rechts mit dem Publizisten Freimut Duwe, Helmut Frenz von Amnesty International und dem Journalisten Ulrich Wickert.

Mehr Gerechtigkeit in der Hinterbliebenenversorgung

Die Rentenpläne der SPD für die Zeit ab 1985

Also sprach, am 12. März 1975, das Bundesverfassungsgericht: Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Niemand darf wegen seines Geschlechtes benachteiligt oder bevorzugt werden.

Die Aussage als solche war nicht sonderlich interessant. Denn die findet sich bereits wörtlich im schon 1949 verabschiedeten Grundgesetz der Bundesrepublik (Artikel 3, Absätze 2 und 3). Aber der Zusammenhang, in dem die Karlsruher Richter ihren Spruch fällten, war höchst brisant. Denn das oberste Gericht war nicht etwa einer Diskriminierung von Frauen auf der Spur, sondern beauftragte den Gesetzgeber, den Bundestag, eine Bevorzugung von Frauen abzuschaffen, die Besserstellung der Frauen beim Anspruch auf Hinterbliebenenrente. Zeitvorgabe: Spätestens bis Ende 1984.

Denn in der Tat sorgt die derzeitige Regelung der Hinterbliebenenversorgung ausnahmsweise für eine Bevorzugung der Frauen. Witwen erhalten, unabhängig von eigenen Rentenansprüchen, 60 Prozent der Rente ihres verstorbenen Ehepartners. Witwer indessen gehen meist leer aus – wieviel Rentenansprüche ihre Frau auch erworben hat, sie erhalten nach deren Tod Witwenrente nur in den wenigen Fällen, in denen die Frau überwiegend die Familie ernährt hat.

Gerechter als bisher

Zu Zeiten, in denen (fast) ausschließlich Männer berufstätig waren, Frauen also keine eigenen Rentenansprüche hatten, war das durchaus sinnvoll. Ohne die Witwenrente wären viele dieser Frauen nach dem Tod ihres Ehepartners zu Sozialfällen geworden.

Heutzutage aber paßt diese Regelung nicht mehr in die sozialpolitische Wirklichkeit. Denn immer mehr Frauen gehen, mit familienbedingten Unterbrechungen, arbeiten, erwerben somit eigene Rentenansprüche. Sicherlich ist es noch ein weiter Weg bis zur wirklichen Gleichstellung von Frauen und Männern, in der Familie und am Arbeitsplatz. Aber Jahr für Jahr sind weitere Fortschritte auf diesem Wege erkennbar. So ist es nur logisch, daß der Gleichberechtigungsanspruch des Grundgesetzes auch in der Hinterbliebenenversorgung verwirklicht wird.

Bei jeder Neuregelung ist aber zu bedenken, daß die Mehrzahl der Frauen weitaus geringere Rentenansprüche hat (wenn überhaupt!) als die Mehrzahl der Männer.

Klarheit vor der Wahl

Deshalb berät die SPD derzeit über ein umfassendes Konzept zur Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung. Und weil das, nach dem Spruch des Bundesverfassungsgerichts, in der Legislaturperiode von 1980 bis 1984 verabschiedet werden muß, sollen die Wähler schon vor der Bundestagswahl im Herbst 1980 wissen, welche Lösungen die SPD dabei verwirklichen will.

Ein außerordentlicher Bundesparteitag der SPD wird am 9. und 10. Juni 1980 in Essen endgültig das Konzept beschließen, das die SPD-Bundestagsfraktion dann nach der Bundestagswahl in die parlamentarischen Beratungen einbringen wird. Grundlage für die Diskussion innerhalb der SPD ist ein Pro-

grammentwurf, den Ende Februar Parteivorstand und Parteirat vorgelegt haben. Und das sind die Schwerpunkte des SPD-Entwurfs:

- Bis zum Tode eines Ehegatten gilt das heutige Recht auch in Zukunft.
- Nach dem Tode ihres Ehegatten bekommen Rentnerinnen und Rentner jeweils 70 Prozent der von beiden erworbenen Renten ausbezahlt, mindestens aber die selbsterworbene Rente. Bei Frauen, für die die bisherige 60prozentige Witwenrente günstiger wäre, wird, wenn der Ehegatte vor 1995 stirbt, die Rente nach herkömmlichem Recht berechnet.

Mindestrente

- Die ursprünglich nur auf Versicherungszeiten bis 1972 beschränkte Rente nach Mindesteinkommen wird dauerhaft fortgeschrieben. Für alle, die mindestens 25 Jahre Versicherungszeit voll beschäftigt waren, die Rente nach wenigstens drei Vierteln des Durchschnittsverdienstes berechnet – auch wenn sie zeitweilig nicht so viel verdient haben, daß sich ein Rentenanspruch dieser Höhe ergeben würde.

- Versicherten, wahlweise Mann oder Frau, wird von 1985 an für jedes danach geborene Kind ein Beitragsjahr in der Rentenversicherung aus öffentlichen Mitteln bezahlt (Kindererziehungsjahr). Mütter, die von 1985 an in Rente gehen, bekommen pro Kind ein Babyjahrs als zusätzliches Versicherungsjahr angerechnet. Mütter, die dann schon eine eigene oder eine Hinterbliebenenrente bekommen, erhalten das Babyjahr pro Kind als Zusatz zu ihrer Rente – pro Kind rund 25 Mark mehr. Da die Kindererziehung auch eine Leistung für die ganze Gesellschaft ist, sollen auch die Mütter aller Generationen diese zusätzliche Leistung erhalten.

Grundsätzlich gilt: Die Reform der Hinterbliebenenversorgung ist eine Reform, die in die Zukunft gerichtet ist. Sie wird zwar 1985 in Kraft treten – aber auch danach erst wirksam, wenn ein Ehegatte stirbt. Bis dahin bleiben die Renten, abgesehen von den normalen Erhöhungen, unberührt – es sei denn, sie erhöhen sich schon ab 1985 durch die geplante Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung. Für Frauen, die bis 1995 Witwe werden, wird zudem jeweils die günstigere Regelung angewendet.

Fahrdienst Briefwahl

DER HÜGEL bietet auch zur Landtagswahl am 11. Mai einen Fahrdienst an. Wer zum Wahllokal gefahren werden möchte, kann von 9-18 Uhr die Nummer der Redaktion (622131) anrufen.

Bei der Beschaffung von Briefwahlunterlagen hilft der SPD-Unterbezirk (223465)!

Am 11. Mai geht's um viel

Bernhard von Grünberg kandidiert

Am 11. Mai wird in Nordrhein-Westfalen ein neuer Landtag gewählt. Die SPD bittet die Wähler erneut um ihr Vertrauen, damit sie ihre erfolgreiche Politik für unser Land fortsetzen kann.

Aber bei dieser Wahl geht es um noch viel mehr. Sollte die CDU diese Wahl gewinnen, hat sie im Bundesrat eine 2/3-Mehrheit, mit der sie jede Gesetzgebung blockieren kann.

In Nordrhein-Westfalen wird im Herbst auch die Bundestagswahl entschieden. Daher kommt es schon jetzt darauf an, zu zeigen, daß sich die Bürger für die Fortsetzung der Friedens- und Entspannungspolitik sowie den Ausbau des Sozialstaates und gegen Strauß entscheiden.

Die Bonner SPD hat für unseren Wahlkreis einen Kandidaten nominiert, der für diese Politik einsteht.

Mit Bernhard von Grünberg steht ein Kandidat zur Wahl, der sich seit Jahren auf der kommunalen Ebene bewährt hat. Er ist seit 1971 im Ausschuß für Sozial- und Wohnungswesen, seit 1975 Stadtverordneter. Bei den letzten Kommunalwahlen gewann er seinen Wahlkreis als einziger SPD-Kandidat im Bonner Norden direkt, ein Beweis für seine erfolgreiche Arbeit für die Bürger.

Bernhard von Grünberg ist Vorsitzender des Bonner Mietervereins. So wundert es nicht, daß die Wohnungspolitik zu seinen Schwerpunkten gehört. Er setzt sich für ein sozial gerechtes, familienfreundliches und ausrei-

chendes Wohnungsbauprogramm mit stabilen Mieten und Belastungen ein.

Mit Kurt Biedenkopf, der nicht erst seit dem Tod von Heinrich Köppler der eigentliche Spitzenmann der CDU ist, will diese Partei den sozialen Wohnungsbau und die Bausparförderung abschaffen.



Bernhard von Grünberg kennt die Probleme der Bonner und hilft.

In der Schulpolitik setzt sich von Grünberg dafür ein, daß die sozialdemokratische Politik für mehr Chancengleichheit weitergeführt wird. Ein wichtiges Instrument hierfür ist die integrierte Gesamtschule. Deshalb ist es notwendig, daß diese Schulart endlich aus dem Versuchsstadium herausgeführt wird. Sie hat ihren Eignungstest bestanden, deshalb muß sie gleichberechtigt neben die anderen Schularten treten.

Eine der wichtigsten Aufgaben sowohl der Bundes-, wie der Landespolitik ist die Sicherung der Arbeitsplätze. Nicht nur im Ruhrgebiet, sondern auch bei uns in Bonn sind langfristig Arbeitsplätze gefährdet.

Hier hat die CDU in den letzten Jahren gezeigt, daß sie unfähig ist, Wirtschaftsförderung zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu betreiben. Ein deutlicher Beweis dafür ist die Abwanderung einer ganzen Reihe von Betrieben in das Bonner Umland.

Wer auf kommunaler Ebene nicht fähig ist, Arbeitsplätze zu sichern, dem sollte keine Möglichkeit gegeben werden, in diesem Bereich auf Landesebene noch größeres Unheil anzurichten.

Übrigens: am 11. Mai ist Muttertag!

Schenken Sie sich viele schöne Blumen, aber keinen STRAUSS!

In der Energiepolitik ringen Sozialdemokraten um den richtigen Weg zur Erhaltung von Arbeitsplätzen bei Bewahrung unserer Umwelt.

Die SPD hat sich die Entscheidung auf ihrem Berliner Parteitag nicht leicht gemacht. Deshalb, so meint von Grünberg, sollten die, die kritisch zur Atomenergie stehen, nicht mit ihrer Stimme für die Grünen wie in Schleswig-Holstein den zur Macht verhelphen, die schon heute offen ankündigen, daß sie unser Land mit einem Netz von Atommeilern überziehen wollen.

Bernhard von Grünberg ist der Kandidat, der mit dafür sorgen wird, daß die Politik dieser Landesregierung im Interesse der Bewohner unseres Landes nach dem 11. Mai fortgesetzt wird.

Verengung notwendig

Seit Anfang März steht "Auf dem Hügel" in Höhe des Steinweges eine Fußgängerampel. Die Gefährdung für die Fußgänger beim Überqueren der Straße ist dadurch in diesem Bereich sicher vermindert worden, dennoch reicht dies allein nicht aus.

Um die Gefährdung durch das hohe Verkehrsaufkommen und die oft überhöhte Geschwindigkeit abzubauen, bedarf es weiterer Maßnahmen.

Dies war auch die einhellige Meinung einer Bürgerversammlung zum Thema "Verkehrsberuhigung auf dem Hügel" Ende Februar.

Wir teilen den berechtigten Unmut der Bürger und fordern nochmals, wie bereits in der Nummer 3/1979, eine Verengung der Straße "Auf dem Hügel" durch Anlegen eines Radweges und eines Grünstreifens auf einer Seite der Straße.

Einen entsprechenden Antrag hatte Klaus Stöppler bereits Mitte vorigen Jahres im Stadtplanungsausschuß gestellt. Der Hauptausschuß des Rates hat daraufhin im August 1979 die Verwaltung beauftragt, die erforderlichen Schritte einzuleiten, damit diese Maßnahmen möglichst schnell verwirklicht werden kann.

Ein dreiviertel Jahr ist darüber mal wieder ins Land gegangen, ohne das sich etwas Sichtbares getan hat. Klaus Stöppler hat deshalb eine Anfrage an die Verwaltung gerichtet, in der für die nächste Sitzung des Planungsausschusses Auskunft über

Vom Strauß, der fliegen wollte

"Itzt will ich fliegen, rief der gigantische Strauß, und das ganze Volk der Vögel stand in ernster Erwartung um ihn versammelt. Itzt will ich fliegen, rief er nochmals, breitete die gewaltigen Fittiche weit aus und schoß, gleich einem Schiffe mit aufgespannten Segeln, auf dem Boden dahin, ohne ihn mit einem Tritte zu verlieren. – Sehet da ein poetisches Bild jener unpoetischen Köpfe, die in den ersten Zeilen ihrer ungeheuren Oden mit stolzen Schwingen prahlen, sich über Wolken und Sterne zu erheben drohen – und dem Staube doch immer getreu bleiben."

Aus der Fabel „Der Strauß“ von Gotthold Ephraim Lessing, zitiert am 21. Februar 1980 im Bonner „Parlamentarisch-Politischen Pressedienst“ nach der fast dreistündigen Aschermittwochs-Rede von Franz Josef Strauß in Passau.

den Stand der Vorbereitungen verlangt wird.

Wir werden sie über die Antwort informieren.

Spielplatz Kolpingstraße

Das Gelände zwischen dem Spielplatz an der Kolpingstraße und dem Bahndamm ist total verwildert und verdreckt. Schon lange haben sich Anwohner darüber beklagt.

Die SPD hat jetzt einen Antrag in der Bezirksvertretung Bonn eingebracht, in dem gefordert wird, daß dieses Gelände gesäubert wird. Da es der

Stadt Bonn gehört, soll weiter geprüft werden, ob es, da anderweitig wohl kaum nutzbar, in den Spielplatz einbezogen werden kann.

Die Bezirksvertretung hat diesem Antrag in seiner Zielsetzung entsprochen.



Der Hügel

Erscheinungsweise:

Jeden zweiten Monat

Herausgeber:

SPD-Stadtratsfraktion in Zusammenarbeit mit dem SPD-Ortsverein Bonn-West

Redaktion:

Klaus Stöppler (verantwortlich), Ulrich Seidenberg, Franz-Josef Windisch, Jürgen Weber, Volker Klaus

Redaktionsanschrift:

"Der Hügel" c/o Klaus Stöppler Euskirchener Straße 82 5300 Bonn 1
Telefon: 622131

gefühls- armer Mensch		Dich- tungs- ort		dt. Mittel- gebirge	Erlös	Segel- kom- mando
▶						▶
Saug- röhre		Wasser- stands- messer		Antwort auf Kontra	▶	
▶						
▶				Gewand		Aas- fresser
Abscheu	Fant, Mode- narr		kleines Wald- chen	▶		▶
Zecherei	▶					
▶			Zeichen für Mangan		Wind- rich- tung/ Abk.	
Heiz- mittel		Spreng- körper	▶			
Kirchen- char- leiter	▶					